

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Volksbegehren ein glänzender Erfolg!

Bisher 6,5 Millionen Eintragungen gezählt.

Bis gegen 1 Uhr mittags wurden aus einer großen Anzahl von Städten bisher

6 427 000 Einzeichnungen

gezählt. Aus den Landbezirken fehlen die Einzeichnungsziffern fast vollständig.

Der erste Akt des Volksentscheids ist vorüber. Die Listen zur Einzeichnung für das Volksbegehren sind geschlossen. Noch liegt das Ergebnis der Einzeichnungsbewegung für das Volksbegehren nur zum Teil vor. Die Resultate laufen ununterbrochen ein. Schon läßt sich aber aus den Teilergebnissen erkennen, daß das Volksbegehren ein großer Erfolg der Sache des Volkes war. Ein kleiner Teil der deutschen Großstädte hat für sich allein die gefühlvoll vorgeschriebene Zahl von Unterschriften für das Volksbegehren aufgebracht. In vielen Städten haben die Eintragungen 50 Proz. der Stimmberechtigten überschritten, in den meisten Städten die Hälfte der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen erreicht. Auch in den rein ländlichen Bezirken hat sich ein sehr starker Prozentsatz der Wahlberechtigten beteiligt.

Ein gewaltiger moralischer Erfolg der Volksbewegung, eine vernichtende moralische Niederlage der deutschen Fürstentümer, die durch ihre unerhörten Ansprüche die Empörung des ganzen Volkes hervorgerufen haben. Der monarchische Gedanke in Deutschland hat einen tödlichen Stoß erhalten. Der monarchische Gedanke ist tot, wenn seine Träger vom Volke moralisch verurteilt werden. Angesichts dieses Volksurteils ist jede Behauptung, daß trotz der deutschen Fürsten das deutsche Volk monarchisch gefinnt sei, ebenso unsinnig wie der Versuch, eine staatsrechtlich monarchische Bewegung aufrechtzuerhalten, wenn man keinen Präsidenten hat.

Nach diesem Volksurteil gilt es für die bürgerlichen Parteien, sich einen Ueberblick zu verschaffen über die Lage, die durch den Sieg des Volksbegehrens entstanden ist. Das gilt vor allem für die bürgerlichen Mittelparteien, deren Wähler sich zu einem sehr großen Prozentsatz in den Städten am Volksbegehren beteiligt haben. Daß die deutschen Fürsten moralisch erledigt sind, ist klar, ebenso klar, daß ein Nachgeben gegenüber ihren Ansprüchen einen Orkan der Entrüstung im Volke hervorrufen würde, gegen den die große Bewegung des Volksbegehrens noch ein Kinderspiel wäre. Jetzt gilt es, für das Parlament als gesetzgebende Körperschaft, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen. Heute werden die Beratungen des Rechtsausschusses des Reichstags über die Fürstenabfindung wieder aufgenommen. Das neue Fürstenkompromiß der Regierungsparteien steht abermals zur Diskussion.

Trotzdem dies Kompromiß noch eine Reihe von Bestimmungen enthält, die eine Lösung der Frage der Fürstenabfindung auf einem Wege versuchen, den die Teilnehmer am Volksbegehren verwerfen, haben die Regierungsparteien noch vor einer Woche die Absicht merken lassen, dies neue Kompromiß noch zu verschlechtern. Das wäre weder politisch klug, noch würde es zu einer wirklichen Lösung der Fürstenfrage führen. Hinter dem Volksbegehren und hinter der Beschlussfassung des Reichstags, die auf das Volksbegehren folgt, kommt der Volksentscheid! Wenn das Parlament, trotz des ausgesprochenen Willens von vielen Millionen des deutschen Volkes, die wie ruhig urteilende bürgerliche Zeitungen feststellen, wahrhaftig nicht den schlechtesten Teil des Volkes darstellen, trotzdem starr auf den Absichten beharrt, die der rechtsgerichteten Zusammensetzung des Deutschen Reichstages entsprechen, so würde es einen sehr ernststen Konfliktfall schaffen.

Volksbegehren und Volksentscheid sind von der Verfassung vorgesehen als demokratisches Korrektiv der parlamentarischen Gesetzgebung für die Fälle, in denen das Parlament nach dem Empfinden eines großen Teiles des Volkes nicht in Übereinstimmung mit dem Volkswillen ist. Daß diese Übereinstimmung des Parlaments mit dem Volkswillen in der Frage der Fürstenabfindung, die das deutsche Volk auf das tiefste bewegt und auswählt, nicht in Übereinstimmung ist, das hat das Volksbegehren bewiesen. Würden die Regierungsparteien es trotzdem auf einen Konflikt ankommen lassen, so würde der Sturm der Entrüstung in der Bewegung für den Volksentscheid ungeahnte Dimensionen annehmen und eine Entscheidung herbeiführen nicht nur über die sachliche Frage der Fürstenabfindung, sondern zugleich gegen das Parlament in seiner heutigen Zusammenlegung.

Der Volksentscheid kommt. Er kommt auf alle Fälle, wenn sich im Reichstag nicht eine Mehrheit für das Gesetz findet, das durch das Volksbegehren unterstützt wird. Die Bewegung des deutschen Volkes ist nicht zu Ende. Die Beratungen des Reichstags, die nun anheben werden, werden vom ganzen Volke mit größter Spannung verfolgt werden.

Wir aber, die wir die Bewegung für das Volksbegehren zum Siege geführt haben, wir beginnen heute mit

der Vorbereitung für den Volksentscheid. Wir sind sicher, daß der kommende Volksentscheid ein noch größerer moralischer Sieg des Volkes werden wird als das Volksbegehren!

Bisherige Ergebnisse des Volksbegehrens.

Berlin	1 583 000
Groß-Hamburg	500 000
Leipzig	239 747
Dresden	200 000
Chemnitz	117 561
Breslau	155 652
Düsseldorf	101 447
Aöln	156 000
Frankfurt a. M.	140 990
Hannover	149 210
Stuttgart	98 000
Konstanz	81 000
München	99 600
Wahlkreis Franken	290 893
Wahlkreis Pöls	147 459
Westliches Industriegebiet (Teilergebnis)	362 900
	4 423 459

Düsseldorf-Ost.

Düsseldorf-Ost, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Amtliches Einzeichnungsergebnis Düsseldorf-Ost. Wahlberechtigt 1 368 119, eingetragen 530 739.

Schleswig-Holstein.

Nach einer vorläufigen Zusammenzählung sind im Wahlkreis Schleswig-Holstein 303 360 Einzeichnungen erfolgt.

Wahlkreis Weimar.

Das vorläufige Ergebnis der Einzeichnungen beträgt 146 127.

Mezheit in Thüringen gegen Fürstenansprüche.

Jena, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In Thüringen sind bis jetzt die Resultate aus zehn thüringischen Stadtkreisen festgestellt, und es ergeben sich folgende Zahlen:

Gera 28 600, Jena 17 000, Weimar rund 8000, Gotha 10 814, Eisenach 11 527, Altenburg 14 029, Greiz 10 476, Apolda 6500, Arnstadt 7134, Zeitz-Nehtis 5607, das sind in den 10 Stadtkreisen insgesamt 119 687 Eintragungen. Da die Zahl der Wahlberechtigten in den Stadtkreisen 277 476 beträgt, ist das eine Beteiligung von 43,5 Proz. aller Wahlberechtigten bzw. 53 Proz. derjenigen Wähler, die beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl überhaupt gestimmt haben.

Aus den thüringischen Landkreisen liegen bisher nur Einzelresultate vor, die im allgemeinen einen außerordentlich günstigen Abschluß der Bewegung erkennen lassen. Die Landkreise Altenburg und Sonneberg melden schätzungswweise Gesamtübersichten, die für Altenburg auf durchschnittlich 60 bis 65 Proz. der Wahlberechtigten und für Sonneberg auf 70 bis 75 Proz. aller Wahlberechtigten lauten. Man darf nach den bisherigen Zusammenstellungen abschließend sagen, daß sich die Mehrheit der Wähler gegen die Fürstenansprüche ausgesprochen hat.

Die Kompromißler an der Arbeit.

Thüringens Klage vor dem Rechtsauschuß.

Der Rechtsauschuß des Reichstages mußte sich heute vor Eintritt in die eigentliche Generaldebatte über die „Fürstenabfindung“ noch mit den Verhältnissen in Thüringen beschäftigen. Der thüringische Finanzminister v. Klüßner erklärte:

Schon jetzt habe Thüringen bei der Beschaffung von Krediten Schwierigkeiten gehabt, weil infolge der vielen Fürstenprozesse die Vermögenslage des Staates sich nicht klar übersehen ließe.

Diese Schwierigkeiten würden sich noch vergrößern, wenn ein neues Reichsgesetz den Fürsten die Möglichkeit gebe, daß auch die Verträge und Befehle, die nicht anfechtbar seien, durch das Reichsgericht nachgeprüft werden könnten. Es sei zu befürchten, daß es dann zu Entscheidungen zugunsten des Staates kommen werde. Außerdem könnten Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte vergehen, ehe Sicherheit bestünde. Gerade der Zustand der Ungewißheit wäre für Thüringen kaum tragbar. Manche Vergleiche seien für das Land recht günstig.

Gegenpartei der Fürsten seien durchweg revolutionäre Körperschaften oder wenigstens körperschaftlich gewesen, die den revolutionären Gedanken vertreten. Und diesen gegenüber seien die Fürsten sehr nachgiebig gewesen.

Sie hätten viel Land aus ihrem Privateigentum an das Land abgetreten. Die Fürsten hätten die Anfechtungen vieler Verträge gar nicht vorgenommen, wenn nicht die Inflation gekommen wäre. In der Aufwertungsfrage allerdings sind die Gerichte bisher viel zu weit gegangen. Aus Grund der neuen Aufwertungsgefesse hätte aus der Not des Volkes heraus, ein für die Fürsten ungünstiger Standpunkt eingenommen werden müssen. Die Schiedsgerichte seien mit der Aufwertung derart weit gegangen, daß eine Nachprüfung und Herabminderung der durch Richterspruch zugewilligten Beträge im Interesse des Fiskus unerlässlich erscheinen, insbesondere in den Fällen Meiningen, Weimar und Mecklenburg-Schwerin.

Abg. Rosenfeld (Soz.) macht geltend, es sei doch wohl ein Irrtum, wenn man die mit den Thüringer Fürsten abgeschlossenen Abfindungsverträge darauf zurückführe, daß sie mit revolutionären Körperschaften abgeschlossen seien. In vielen thüringischen Ländern habe der Fürst bei den Verhandlungen einen Sozialdemokraten noch nicht einmal zu Gesicht bekommen, nur adlige oder monarchistische Staatsräte hätten mit den Fürsten verhandelt. Wie könne man da die Verträge anfechten wollen, weil Zwang ausgeübt sein soll! Es wäre auch nicht richtig, daß durch die Abfindungsverträge Privateigentum in der Fürsten an die Länder abgetreten sei. In Wirklichkeit hätten umgekehrt

die Länder Teile des Staatseigentums an die Fürsten abgetreten,

denn die alten Kammergüter seien nicht Privateigentum der Fürsten, sondern Staatsgut gewesen. Die Befürchtungen, daß Thüringen bei Anrufung des neuen Gerichts schlechter fahren könne, sei dann jedenfalls unbegründet, wenn nach dem sozialdemokratischen Antrag nur das Land, nicht aber auch der Fürst das Recht habe, das Gericht anzurufen. In der Aufwertungsfrage könne er Herrn Klüßner nur recht geben. Die Fürsten dürften nicht anders aufgewertet werden als andere Staatsbürger.

Finanzminister v. Klüßner: Es sei allerdings richtig, daß besonders in Sondershausen keiner von den revolutionären Herren an die Fürsten herangekommen sei. Direkt hätten nur die früheren Staatsräte mit den Fürsten gesprochen. Aber ein Landesrat sei da-

gewesen. Jurist Dr. Rosenfeld: der vom alten Landtag gewählt wurde, in dem nur ein Sozialdemokrat war!

v. Klüßner (fortfahrend): Der Landesrat bestand aber aus drei Sozialdemokraten und nur zwei Bürgerlichen. Dieser Landesrat sei maßgeblich gewesen. Trotzdem habe der Fürst, der nicht einen Quadratmeter Land behalten habe, den Vertrag nicht anfechten wollen, als aber seine Krankheit schlimmer wurde, hat Herr v. Halem die Anfechtung versucht. Wie so oft waren die Fürsten vernünftiger und nur

die Fürstenberater gaben falsche Ratschläge.

Er halte es nicht für richtig, daß nur das Land und nicht auch der Fürst das Recht bekomme, das Fürstengericht anzurufen. Man wolle doch wirkliches Recht schaffen. Freilich für das Land wäre eine solche Regelung günstig. Es sei zu befürchten, daß das Sondergericht lange Zeit zur Prüfung brauchen werde. Er könne sich vorstellen, daß die neuen Richter sagten: die früheren Feststellungen hätten gelehrte Richter gemacht. Es müße alles nochmals durchgearbeitet werden. In der Aufwertungsfrage müße eine Nachprüfung erfolgen.

Abg. Wunderlich (Sp.) erklärt: Namens der Kompromißparteien möchte ich sagen: Wir sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung mit dem

Gothaischen Herzoghaus unter allen Umständen unter das Gesetz fällt.

Vors. Kahl: Darüber kann kein Zweifel sein.

Abg. Frölich (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß aus dem Gothaer Silberschatz Silber aus Gotha nach Koburg verschoben sei, angeblich, um in Koburg, wo ein Teil des fürstlichen Silbers schon war, feststellen zu können, daß noch alles Silber da sei. Eventuell müße eine Veränderung des Sperrgesetzes vorgenommen werden, damit verhindert werden könne, daß die

wertvollen beweglichen Vermögenswerte, die dem Koburger Fürsten zugestanden

seien, verschoben werden können. Ganz entschieden müße die Behauptung des thüringischen Finanzministers zurückgewiesen werden, daß der Antrag des Volksentscheides den Rechtsboden verlasse. Daraus könne ernstlich keine Rede sein. Die Verfassung sehr ausdrücklich vor, daß das Volk durch Volksbegehren und Volksentscheid selbst ein Gesetz machen kann. Das Volk habe auch das Recht, eine im allgemeinen Interesse liegende Enteignung selbst durchzuführen. Die Verfassung sehe sogar eine solche Enteignung vor. Das Volk habe völlig recht, wenn es die Enteignung der Fürstentümer durch allgemeine Abstimmung selbst beschleße.

Abg. Landsberg (Soz.): Mir ist aus gut informierter Quelle mitgeteilt worden, daß in der Umgegend des Herzogs von Koburg der Plan erwogen werde, die Schmalldener Forsten Bayern zum Kaufe anzubieten. — Finanzminister v. Klüßner: Davon ist mir nichts bekannt. — Abg. Landsberg: Da möchte ich die Aufmerksamkeit der Thüringer Regierung darauf lenken. — v. Klüßner: Vielleicht handelt es sich nur um Verhandlungen, wie sie z. B. auch mit Preußen über den Austausch von Entloosen geführt werden. — Abg. Landsberg: Von Entloosen kann hier keine Rede sein, da der Schmalldener Forst nicht in Bayern, sondern in Preußen liegt. — Finanzminister v. Klüßner erklärt, die Sache prüfen zu wollen.

Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses findet morgen statt. Dann soll die Generaldebatte stattfinden.

Die Endzahl von Groß-Berlin.

Aus Berlin konnten wir die Eintragungsergebnisse vom gestrigen Mittwoch für 19 von überhaupt 20 Verwaltungsbezirken bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilen. Nur aus Spandau hatten wir leider keine Meldung erhalten, und es war uns in später Abendstunde trotz aller Bemühungen nicht mehr möglich, das Ergebnis von dort zu beschaffen. In einigen Bezirken fehlten die Zahlen einzelner Eintragungsorten, so daß man für diese auf Schätzungen angewiesen war. Die uns jetzt gemeldeten Ergebnisse der amtlichen Feststellungen weichen nur in wenigen Bezirken von unseren Angaben etwas ab. Dementsprechend ändern sich auch die Gesamtergebnisse für diese Bezirke und das Gesamtergebnis für Groß-Berlin. Wir geben heute noch einmal für alle 20 Bezirke die Zahlen vom Mittwoch und die Gesamtzahlen aus den 14 Tagen vom 4. März bis zum 17. März:

	Mittwoch	Gesamtzahl
Mitte	10 683	109 763
Tiergarten	8 746	99 806
Wedding	12 979	178 515
Prenzlauer Berg	10 177	149 147
Friedrichshain	11 218	164 419
Kreuzberg	12 536	166 319
Charlottenburg	10 091	101 195
Spandau	3 393	41 692
Wilmersdorf	4 192	38 562
Zehlendorf	727	6 177
Schöneberg	7 136	66 792
Steglitz	3 476	35 695
Lempelhof	1 749	23 696
Neukölln	8 992	142 415
Treptow	2 710	43 916
Köpenick	1 845	25 283
Nickensberg	13 923	87 773
Weißensee	1 806	23 127
Panlow	3 166	34 908
Reinickendorf	3 321	42 292
Groß-Berlin	132 873	1 584 082

Berliner Umgebung.

		52,5 Proz. der Wahlberechtigten
Cesnaer	2135	
Schöneke	1343	
Kalkberge	1247	45,8
Rüdersdorf	1363	71,5
Lasdow	1419	59,3
Wlidan b. Königs-Wusterh.	1937	69
Petershagen a. d. Ostbahn	1341	60
Bruchmühle	329	65

Westfalen-Süd.

Hagen, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Im 18. Wahlkreis Westfalen-Süd (Regierungsbezirk Arnsberg) sind in 17 von 29 Stadt- und Landkreisen bisher rund 450 000 Eintragungen festgestellt. 12 Stadt- und Landkreise stehen noch aus. Sozialdemokraten und Kommunisten erhielten im gesamten Wahlkreis bei der letzten Reichstagswahl 472 000 Stimmen.

Weitere Ergebnisse.

Stettin 76 140, Erfurt 37 660, Kassel 43 626, Halle 49 406, Südbad 40 500, Bielefeld 25 423, Brandenburg 20 500, Braunschweig 40 679, Wiesbaden 18 532, Freiburg i. Br. 18 288, Darmstadt 15 000, Augsburg 30 494, Bremen 75 987, Aachen 20 630, Königsberg 50 410, Frankfurt a. D. 18 478, Bielefeld 30 115, Magdeburg 91 597, Merseburg 6770, Weiskensels 9306, Gera 20 000, Karlsruhe 29 200, Schwerin 6107, Singen 3237, Offenburg 3479, Bahr 2957, Oberschlesien 25 000, Rostock 16 563, Wismar 7370, Detmold 2110, Altenburg 14 029, Luckenwalde 11 456, Kiel 54 690, Mainz 25 400, Offenbach 29 572, München-Gladbach 24 753, Aachen 8926, Bonn 9794, Münster 7000, Krefeld 33 140, Hamm 14 002.

März.

Von Walter G. Schilowski.

Marga, der Wind geht schon wärmer
Über den Weidhof.
Die Wasser stürzen zu Tal,
Und der Himmel wird blau
Zwischen den Bergen.

Nimm die Kinder aus den Stuben,
Geh in die Sonne!
März öffnet wieder die Haut;
Es will eindringen
In dir . . .

Die Erde wird heiter,
Die Wolken zerrissen sich,
Hörst, wie es aus den Aefern schallt!

Holz ist genug geschlagen,
Den ganzen Winter durch
Für das Jahr;
Gepugt sind die Ästige,
Aus dem Weidhof gehen wieder
Die Bauern, die Schollenbrecher
Und Hüter der Waldberge,
Die mit den versteinerten Gesichtern, den Moosbärter
Und der ledernen Haut . . .

Die Berliner Laban-Schule.

Die Berliner Laban-Schule, die unter Leitung von Herta Feist steht, gab im Klindworth-Scharmentalsaal einen Tanzabend.

Drei Einzeltänze der Feist: „Ballung“, von suggestiver, danner, atemraubender, fast qualender Rhythmit, „Unendlichkeit“, besonders schön in der stehenden, langsamen, zuweilen zeitlosen Bewegung, „Impulsio“, mit Verwe, Schmitz, Egan, wunderbar weicher und dabei ausdrucksstarker Aktion der Arme, der Hände und des Oberkörpers. Eine Tänzerin von herrlich durchgearbeitetem Körper, fast immer zuverlässiger Technik, künstlerischer Vornehmheit und ganz persönlicher, sehr reizvoller Formgebung. Außerdem eine ausgezeichnete Lehrerin und Meisterin. Bemerkenswerte Tänze einer Kindergruppe, Flug geburt, aus schlichtesten kindlichen Bewegungsmotiven erwachsen, ohne jedes technische Raffinement, nat. spielerisch, Kunst und Natur zwanglos einend, eine Freude für Ausführende und Schauende. Dann Soli, Zwei- und Dreiertänze erwachsener Schüler. Solide, niemals auf äußeren Effekt gestellte Tanz. Am wirkungsvollsten „Weifung“, von Lotte Wuerbach mit leblicher Hingebung und vollendeter Kunst vorgezogen, als Komposition ein Meisterwerk in klarer Gliederung, machtvoller Steigerung, starker Pointierung und dem überirdisch schönen, wie in

Zentrum und Volksentscheid.

Die „Germania“ zum Ausgang des Volksbegehrens.

Die „Germania“ stellt fest, daß der Kreis der Unterzeichner weit über die sozialdemokratisch-kommunistische Wählerchaft hinausgeht. Aus allen Parteilagern und allen sozialen Schichten setzten sich die Unterzeichner für das Volksbegehren zusammen. „Und darunter befinden sich weite Kreise, die man wirklich nicht zu den schlechtesten des deutschen Volkes rechnen kann“. Uebermals hätten die Fürsten weiteres Kapital monarchistischer Empfindens verwirrt. Welche Kreise die Bogen des Unmuts im Volke gezogen hätten, konnte jeder beobachten, der sich in diesen Tagen etwas umhörte. Und diese Welle habe trotz aller Abmahnungen der Zentrumspreffe auch vor den Reihen des Zentrums nicht halt gemacht. Sie zitiert dann das folgende Schreiben eines Mannes in angelehener Stellung im Westen:

„Als Psychologe, der mitten im Volke steht, bin ich täglich, stündlich Zeuge der Tatsache, daß unsere Zentrumswähler — und nicht die schlechtesten — nicht nur affektmäßig, sondern ganz vernunftmäßig und nüchtern die Haltung der Fraktion, und, noch mehr — der Presse nicht fassen wollen, ja nicht können. Das nimmt nicht Wunder angesichts der Tatsache, daß das Volk in seiner Gesamtheit an eigenen Reibe die letzten Jahre genug gespürt hat, wie man mit dem „Begriff Eigentum“ umgesprungen ist, wider alle Moral und jedes Gesetz. Man fügte sich angesichts der großen Notlage des Vaterlandes. Jetzt, wo es sich um reiche Fürsten handelt, die angesichts ihrer provozierenden Forderungen und Prozesse den letzten Rest an Sympathie bei jedermann verloren haben, da haßt es im bürgerlichen Blätterwald nur so wider von grundsätzlichen Bedenken — „Gefährdung des Eigentums“. Warum dieser Widerspruch? Unbegreiflich! Die Kompromißverhandlungen können nicht mal mitten im Gang des Volksbegehrens zu einem Ziel kommen? Das läßt tief, sehr tief blicken. Ich gehöre zu jenen, die auf einen schnellen und günstigen Abschluß des Kompromisses gewartet haben, wie so mancher aus unseren Reihen. Und nun diese Enttäuschung, bis Donnerstag zu warten, um je nachdem so oder so zu tunhandeln. Wie will man das Vertrauen der Leute, das man tatsächlich verloren hat und täglich mehr verliert, wiedergewinnen? Mit den schönsten Artikeln, Erklärungen und Aufklärungen läßt sich das Volk im Westen wenigstens nicht mehr abspießen. Man gebe dem Volke, was des Volkes ist! Und verschenke nicht den Fürsten die Rechte und das — Eigentum des Volkes. Es ist traurig, daß ein Volk des 20. Jahrhunderts sich kein Recht selbst machen muß, verlassen von den eigenen Führern, die sich zu den Fürsten schlagen, wenn man das auch nicht gehabt haben will.“

Diese Stimme läßt erkennen, daß die innere Unzufriedenheit der Anhänger des Zentrums nur noch anwachsen wird, wenn die Reichstagsfraktion des Zentrums glauben sollte, sie könne nach dem Abschluß des Volksbegehrens weiter den Volkswillen mißachten!

Der Nationalistensturm.

Gegen Locarno, für die Fürsten.

Der Parteitag der Berliner Deutschnationalen nahm gestern zwei Resolutionen an. In der ersten wird „rückhaltlose Opposition gegen die jegliche Außenpolitik“ gefordert, die zweite wendet sich „gegen die Hege bei der Fürsteneigentum“ und verlangt schärfsten Kampf gegen den Volksentscheid.

Beide Resolutionen gehören zusammen. Der innere Zusammenhang zwischen dem Theatersturm gegen Locarno und dem Kampf für die Fürsten ist schon heute morgen hier dargelegt worden.

Hugenbergs „Tag“ kündigt an, daß von den Rechtsgruppen und den Kommunisten Mißtrauensanträge vorbereitet werden. Aber da sich die Mitte zu diesen Vorbereitungen ablehnend verhalte und vor allem die Sozialdemokraten die Locarno-Politik weitergeführt wissen

wollen, findet das nationalstiftische Scharfmacherblatt „die Hoffnung, daß sich der Reichstag zu einer Tat aufraffen könnte, denkbar gering“.

Die „Kreuz-Zeitung“ zitiert den „Vorwärts“ ausführlich, um dazu zu bemerken:

Die Sozialdemokratie scheint also die Absicht zu haben, trotz aller Bedenken, mit denen sie doch Dr. Luther und Dr. Stresemann gegenübersteht, nötigenfalls mit ihnen den Kampf gegen die nationalen Kreise in Deutschland zu führen. Der „Vorwärts“ biegt die außenpolitische Niederlage seiner von Stresemann mitbetriebenen internationalen Verständigungspolitik in eine innenpolitische Kampfanlage um. An nationaler Würde- und Verantwortungseligkeit ist diese Haltung nicht zu überbieten.

Daß wir Luther und Stresemann „mit Bedenken“ gegenüberstehen, erkennt die „Kreuz-Zeitung“ sehr richtig. Aber deshalb werden wir nicht in den ungeheuerlichen Fehler der Kommunisten verfallen, den nationalstiftischen Volksovergipfeln und Fürstknöcheln die Kationen aus dem Feuer zu holen. Das Zentralkomitee der SPD. veröffentlicht soeben wieder einen seiner wortreichen Aufrufe, in dem die Abkehr von der Verständigung mit dem Westen und das „Bündnis mit Sowjetrußland“ gepredigt wird. Aber die deutschen Arbeiter wollen überhaupt kein „Bündnis“ von Staaten gegen andere Staaten, sondern sie wollen die internationale Zusammenarbeit mit dem Proletariat aller Länder, vor allem Frankreichs, gegen nationalstiftische Verheerung und Kriegsgefahr.

Das kommunistische Zentralkomitee erzählt seinen Gläubigen zugleich von der „Führung“, die es im Kampf für das Volksbegehren gehabt haben will. Aber gerade dieser Kampf hat gezeigt, daß es eine Illusion ist, ohne die sozialdemokratischen Massen, die sich für eine Führung durch die SPD. bedanken, etwas ausrichten zu wollen. Wenn jetzt die gegenwärtige kommunistische Partikulation die Arbeiter an die Seite der Nationalisten führen will, so wird sie bald bemerken, daß die Arbeiter nicht mitmachen.

Schein-Schulze gestorben.

In der Irrenanstalt Herzberge.

Der Ingenieur Arthur Schulze, gegen den wegen seiner Beteiligung an den Budapest Frankensässungen von der Berliner Staatsanwaltschaft I das Untersuchungsverfahren geführt wurde, ist heute früh in der Irrenanstalt Herzberge gestorben. Schulze hatte gleich nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis Spuren von Geisteskrankheit gezeigt. Er hatte Wahnsinnvorstellungen und glaubte sich selbst in seiner Zelle von Rädern umgeben.

Da sein Erregungszustand sich derart verschlimmerte, daß er in eine Isolationszelle gebracht werden mußte, hatte Rechtsanwalt Dr. Schmidt nach Untersuchung durch die Gerichtsärzte es erreicht, daß Schulze auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Schulze war vor drei Tagen nach Herzberge übergeführt worden, wo er jetzt gestorben ist.

Die Kredite der Staatsbank.

„Der kleine Barmat-Prozess.“

Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte begann heute morgen unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Fiebig der sogenannte kleine Barmat-Prozess. Das Verfahren, das ursprünglich im Rahmen des Barmat-Prozesses stattfinden sollte, später aber abgetrennt wurde, hat die Kreditgebung der Preussischen Staatsbank zum Gegenstand und richtet sich gegen vier Beamte dieser Anstalt, nämlich die Oberinspektoren Kersten und Blochow und die Bankbeamten Reikel und Jost, sowie gegen den früheren Bankdirektor, Diplomingenieur Feld.

Die Anklage lautet gegen Feld auf Beamtenbestechung, und es wird ihm vorgeworfen, daß er die Beamten der Staatsbank durch Geschenke bewogen habe, an seine Bank Kredite zu geben, ohne daß die statutenmäßig vorgeschriebene Effektedekuna vorhanden war.

einem leisen, befreienden Seufzer ausklingenden Zusammenfallen zur Schluchttüde. Die „Schwere Melodie“ von Anna Fligg braut gelangt, aber als Komposition etwas eindringlich, aus Arbeitsbewegungen ohne rechte Stufung entwickelt. Das Pas de deux „Löstlösung“ der Feist und der Auerbach, interessant und lehrreich vor allem wegen der geistreichen Uebersetzung und Auflösung pantomimischer Elemente in rein abstrakte Formsprache — ein Problem, das im „Drehtanz“ der Feist, Auerbach und Seraphine Kline nicht restlos bewältigt wurde. Als Kuriosität auf der modernen Tanzbühne zu erwähnen: ein wirklicher, wahrhafter Männerstanz, aus Stellungsmotiven und Bewegungsmotiven des Ringkampfes entwickelt und von Paul Peiter und Hans Kausch ohne jeden femininen Einschlag, schlicht, kräftig und sehr wirksam produziert.

Die schönsten und wertvollsten Gaben des Abends aber waren die Tänze des Bewegungschors. Ein „Schwungentanz“ in feierlich sehnsüchtigen, ein „Rampentanz“ in fräftigen, scharf standierten, ein „Harbentanz“ in wechselnden, rollenden, auf- und niederstutenden Rhythmen. Durchweg tadellose Akkuratess der Ensemblearbeit, Sauberkeit der Gruppenballung, Aderung, -teilung und -einigung. Und ohne jeden merkbaren Drill, ohne effektstuchende Aufdringlichkeit, scheinbar Produkt nicht äußerer Nachstehwirkung, sondern natürlichen Zusammenfließens, organisch-lebendiger Harmonie. Seltene künstlerische Werte, die ihre Gipfelung fanden in der Schlussnummer des Programms, dem kompositorisch an den „Kreis“ der Wigman erinnernden, leuchtenden, zängelnden, flammenden „Aufruf“, in dem ein unsichtbares Band sich um die Gruppe schlang und diese mit der Führerin (Herta Feist) zu einem magischen Ganzen verknüpfte.

Nach den Leistungen und Erfolgen dieses Abends ist der Bewegungschor der Berliner Laban-Schule zu einem der wichtigsten Faktoren im Entwicklungsgange der modernen Tanzkunst geworden. Frage an die Zukunft: Wird es gelingen, das, was hier in beschränktem Rahmen zu künstlerischer Vollendung gedieh, als Massenentfaltung auf weiten Räumen in gleicher Vollendung wirksam werden zu lassen? Von der Lösung dieser Aufgabe hängt zum guten Teil die Zukunft nicht nur der modernen Tanzbühne, sondern der Schaubühne überhaupt ab. John Schifowski.

Denkmalspflege und Denkmalschutz.

Ein preussischer Gesetzentwurf.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Denkmale zwecks gutachtlicher Aeußerung übersandt, aus dessen Begründung der Amtliche Preussische Pressebericht folgendes mittel:

Die Klagen über Gefährdung oder Vernichtung bemerkenswerter Gebilde der Natur und wertvoller beweglicher und unbeweglicher Denkmale durch Unverstand, Verrohung der Sitten oder rücksichtslose Ausbeutung zum Schaden der Interessen der Allgemeinheit sind bekannt. Wiederholt hat die Volksvertretung, zuletzt bei den Hausabstimmungen für 1924, die baldige Vorlage eines Denkmals- und Heimatschutzgesetzes verlangt. Auch in den Sitzungen für Denkmalspflege und Heimatschutz in Stuttgart und Potsdam wurde in Entschlieungen eine baldige gesetzliche Regelung gefordert. Das hier in Betracht kommende Gesamtgebiet enthält verschiedene

Aufgabenkreise, für die bereits vereinzelte, in verschiedenen Gesetzen zerstreute Bestimmungen vorhanden sind. Es herrscht jedoch ein unregelmäßiger Zustand der Unklarheit, Unklarheit und Systemlosigkeit. Notwendig ist eine klare zusammenfassende Regelung der staatlichen Befugnisse, der Instanzen und der sachlichen Erfordernisse. Die meisten Kulturstätten des Auslandes wie auch einige deutsche Staaten besitzen bereits Denmalgesetze, während Preußen noch einer gesetzlichen Regelung entbehrt. Der vorliegende Gesetzentwurf will auf Grund einer durch lange Jahre bewährten Organisation, in der sich die Organe der Selbstverwaltung und des Staates aufs glücklichste ergänzen, die in verschiedenen Verwaltungsgesehen verstreuten Bestimmungen übersichtlich zusammenstellen und, soweit nötig, ergänzen. Der Entwurf strebt insbesondere eine von bürokratischen Fesseln möglichst freie Durchführung der Schutzmaßnahmen an. Das Hauptgewicht soll auf die unmittelbare Beratung der Denmalbesitzer durch die berufenen Sachverständigen, die Konservatoren, gelegt werden. Der bewährten Mitwirkung der Provinzen ist in gebührender Weise Rechnung getragen. Vor allem wünscht der Entwurf auch die Mitarbeit der kirchlichen Kreise in verstärkter Maße zu sichern.

Revue im Jallmen Theater. „Tassilo von Schliebens“ Revue, die das „Jallmen Theater“ jetzt auführt, heißt „Das Feigenblatt“, aber sie ist trotzdem nur langweilig, nur wirlos, nur brutal. Die „Reue“ der Bilderaneinanderberührung ist, daß aus der Weltgeschichte sämtliche Szenen herausgelassen wurden, in denen die Redtheit irgendeine Rolle spielt; aber so etwas ist selbst im Zeitalter der Defabenz und Sexualverfälschung gar keine Idee, sondern nur ein dummer Einfall, der deshalb nicht besser wird, wenn ihn Kurt Jorlig mit wohlvertrauter Operettenmusik illustriert und von nicht unbegabten Schauspielern wie Wolfgang Jiller und Irude Troll darstellerisch verkörpern läßt. — Bleibt zu ergänzen, daß die Kassenpreise ziemlich die gleichen sind wie bei Reinhardt und Wegner.

Am das Dessauer Bauhaus. Das staatliche Bauhaus in Dessau wird schon wieder umstritten: In der Stadt Dessau ist Erregung entstanden, weil man den Unterhaltzuschuß von jährlich über 300 000 Mark für eine Stadt von kaum 70 000 Einwohnern für unerträglich hält. Prof. Gropius, der Leiter des Bauhauses, denkt in diesem Sommer die dortigen Neubauten zu beziehen: das Lehr- und Werkstatthaus mit dem Gesellenhaus. Wenn die Stadt Dessau und der anhaltische Staat die im Anfang erforderlichen Zuschüsse nicht leisten können, wird auf die Bewilligung eines Reichszuschusses gehofft.

Museumsführungen. Sonntag, den 21. 10 Uhr vorm. finden amliche Führungen im Allen Museum (Geschlicher Frauenmuseum) Dr. Köster, und im Kaiser-Friedrich-Museum (Venedig), Prof. Kniff, statt. Zutrittskarten für das Alte Museum zu 50 Pf. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich. Sturm. Konstruktivische Gemälde von Karl Buchheiser sind auf der März-Ausstellung des Sturm, Potsdamer Str. 134a, ausgestellt. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 6, Sonntag von 11 bis 2 Uhr geöffnet. Herbert Kampf, Berlin, stellt bei Bernhard Heide, Tiergartenstraße 8, zum erstenmal Gemälde und Gipsfiguren kollektiv aus.

Der neue Saarpräsident.

Raoult aus der Kommission heraufgewählt.

Genf, 18. März. (WIB.) Der Rat ernannte in seiner heutigen nichtöffentlichen Sitzung zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten der Regierungskommission des Sarargebiets Raoult den Kanadier Steffens, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission angehört, zum Präsidenten der Regierungskommission des Sarargebiets.

An Stelle des als französisches Mitglied aus der Regierungskommission endgültig ausscheidenden Raoult tritt sein Neffe Maurice, bisher Generalsekretär der Regierungskommission.

Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission, darunter auch der Belgier Lambert, wurden vom Rat für ein weiteres Jahr bestätigt.

Das Echo von Genf.

Deutschland als Sündenbock.

Paris, den 17. März. (Eig. Drahtbericht.) Die nationalstischen Kreise haben ihre außenpolitische Haltung wiedergefunden und vertreten die Ansicht, daß der Hauptschuldige an dem Mißerfolg der Genfer Tagung der Sündenbock für alles, Deutschland, sei. Zugleich mit einer Hege gegen Deutschland führen die Blätter der französischen Radikalen eine heftige Kampagne gegen Briand und seine Friedenspolitik. Es mischen sich in diese außenpolitischen Betrachtungen nicht wenig innerpolitische Tendenzen, der Wunsch vor allem, Briand zu stürzen und an seine Stelle eine Regierung des Nationalen Blocks zu setzen. Die seit den letzten Kammerwahlen sich abwechselnden Linkeregierungen haben es bisher nicht vermocht, der finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs Herr zu werden, und diese Tatsache ist von der Rechten stets ausgiebig für ihre Werbepropaganda ausgenutzt worden. Die Linke hätte dem ihre außenpolitische Erfolge, die Regelung der Reparationsfrage, die Befriedigung Europas durch den Locarno-Pakt entgegenhalten können. Der Zusammenbruch dieser Politik wäre den Nationalisten Wasser auf ihre Mühlen gewesen, und sie haben stets darauf gelaunt. Sie suchten, genau wie ihre deutschen Gefinnungsgenossen, die in Genf aufgetretenen Schwierigkeiten in demagogischer Weise zu übertreiben und sie zu einem deutsch-französischen Gegenstand zu stempeln. Die Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und damit des Inkrafttretens der Locarno-Verträge gäbe ihnen die gewünschte Gelegenheit, um in der Zwischenzeit ihre Wahlarbeit gegen die Befriedigung Europas fortzusetzen, wenn nicht die Erklärung der Signatarmächte der Verträge von Locarno, daß diese durch die Vertagung des Eintritts Deutschlands in keiner Weise berührt werden, ihnen nicht ihren besten Wind aus den Segeln nähme.

Sorgen in London.

London, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht von dem Genfer Zusammenbruch wird in London allgemein als eine schwere Prestige-Erschütterung des Völkerbundes und trotz der gemeinsamen Erklärung der Locarno-Mächte als eine ernste Gefährdung Locarnos beurteilt. Die Frage nach der Schuld für das Scheitern der Genfer Verhandlungen wird verschiedentlich beantwortet. Jedoch wird Deutschland von der öffentlichen Meinung Großbritanniens mit Ausnahme einer ganz dünnen Schicht von jeglicher Verantwortung für den Zusammenbruch in Genf freigesprochen und von allen Seiten die Hoffnung ausgesprochen, daß der Ausgang der Genfer Verhandlungen keine Abwendung Deutschlands vom Völkerbund zur Folge haben wird. Es wird begrüßt, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund von den deutschen Delegierten nicht zurückgezogen wurde und die Erwartung geäußert, daß die vom Völkerbund angenommene Resolution einen Umschlag der öffentlichen Meinung in Deutschland verhindern werde.

Was die Haltung Brasiliens anbelangt, so herrscht in London die Auffassung, daß Brasilien zu seinem Vorgehen von einer europäischen Großmacht, und zwar von Italien, ermuntert worden sei.

Gewinnung in Italien.

Rom, 18. März. (WIB.) Die römische Presse nimmt bei Besprechung der Genfer Tagung gegen den Völkerbund, dann aber auch gegen Deutschland Stellung. „Giornale d'Italia“ schreibt, die Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei ein Ohnmachtszeugnis. Italien werde gut daran tun, nicht mehr ausschließlich auf den Völkerbund zu rechnen, sondern zu seiner Verteidigung besonders Völkergruppierungen vorzubereiten. Der „Impero“ spricht von einem vollständigen Bankrott des Völkerbundes. Die „Tribuna“ behauptet, daß Deutschland in Genf eine beherrschende Rolle spielen wollte, und führt weiter aus, der Völkerbund sei wie alle demokratischen Einrichtungen unfähig aufzubauen.

Befriedigung in Warschau.

Warschau, 18. März. (WIB.) Die Blätter der Rechten wie die Linken sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Vertagung der Entscheidung in Genf viel besser für Polen sei, als ein Zustandekommen des vorgeschlagenen Kompromisses. Der „Kurjer Warszawski“ erklärt, der Geist von Locarno fordere, daß Polen zusammen mit Deutschland im Völkerbund sitzen müsse. Die Blätter berichten aus Genf, daß Strzyński in einem Gespräch mit polnischen Pressevertretern erklärt habe, Polen verfolge die Sitzungen zufrieden in Genf, da alle Völker den Wunsch hätten, daß Polen zusammen mit Deutschland einen Sitz im Rat bekommen solle.

Die Schuld Mussolinis.

V. Sch. Genf, 17. März, 12 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Aus übereinstimmenden Mitteilungen der schweizerischen Presse geht immer deutlicher hervor, welche unheilvolle Rolle Italien gerade im letzten Stadium der Verhandlungen gespielt hat. Die „Neue Zürcher Zeitung“ spricht offen aus, daß der eigentliche „Torpedoschuh“ von Mussolini abgesetzt worden sei. Denn es war Scialoja, der den formellen Antrag auf Vertagung der Aufnahme Deutschlands einbrachte, wobei er ausdrücklich betonte, daß die Instruktionen seiner Regierung ihn zwängen, diesen Antrag zu stellen.

Das Genfer sozialistische Organ „Travail“ bringt eine ähnliche Darstellung mit genauen Einzelheiten. Danach sollen in der letzten Ratssitzung am Dienstag nachmittags angesichts des brasilianischen Einspruches die Genossen und die Völkervereine einen letzten Rettungsversuch unternommen haben, indem sie den Antrag stellten, die Verhandlungen im Rat nunmehr abzubrechen und vor die Vollversammlung zu treten, um ihr die ganze Sachlage offen vorzulegen. Darauf antwortete Scialoja mit dem Antrag der Vertagung der ganzen Angelegenheit bis September.

Gegen diesen Antrag, dessen Bedeutung sofort klar war und in dieser Situation nicht anders aufgefaßt werden konnte, als eine Solidarität mit Brasilien, wandten sich leidenschaftlich Linke, Wandervögel und der derzeitige Präsident des Völkerbundes Nitti. Da aber nicht nur Nitti Franco, sondern auch der Spanier Quintana de León den Antrag Scialojas unterstützten, glaubten Chamberlain und Briand, um eine schlimmere Krise zu verhüten, ihre Zustimmung dazu gleichfalls geben zu müssen.

An den Gräbern der Märzgefallenen.

Über den geheiligten Stätten der Märtyrer geht die Frühlingssonne auf. Heilig gesprochen wurden diese Gräber nicht durch Geheißkraft, sondern durch den tausendfältigen Odem des Volkes, ein stetig sich erneuerndes Gedächtnis an die mutvollen Kämpfer des schwarzrotgoldenen Märzsturms und aller Märtyrer für Recht und für Freiheit der Unterdrückten. In die Stille des Friedhofes der Märzgefallenen im Friedrichshain dringt heute das Leben. Kranzdeputationen kommen und gehen. Am Friedhofseingang halten je zwei Reichsbannerleute mit schwarzrotgoldener Flagge die Wacht. Gedämpfte Worte klingen. Schon in frühester Morgenstunde sind die ersten Besucher da, die diese Stätte des Todes und der wahren Auferstehung in feierlichem Ernst durchschreiten. Der Leib ist zwar tot. Doch wer könnte die Tat der Menschheitskämpfer zunichte machen. Das Gedächtnis an die Entwicklung ist wichtiger, als die Mahn- und Erinnerungsmäler. Der Reaktion galt der Kampf einst wie heut. Seine Helden, vor denen der Preußenkönig seinen Hut zog, stehen heute wie Fackeln, die den Unfertigen, den Heutigen, auf ihrem kämpferischen Wege vorleuchten. Umsonst und nutzlos zu sterben ist das Schmerzlichste. Und diesen Vorwurf kann man unseren Toten hier nicht machen.

Kranz auf Kranz wird auf den Gräbern niedergelegt. Die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin legt einen Gedenkranz mit prachtvoller roter Schleife und der Aufschrift „Den Märzgefallenen“ nieder. Es folgen die Kränze des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer mit der Aufschrift:

Und mögen seine Schergen Euch auch schmähren,
der Geist, der Euch besetzt, wird nicht untergehen!

Der Kranz des Reichsbanners, Kreisverein Friedrichshain, trägt links die Aufschrift: „Den Freiheitskämpfern von 1848 bis 1918 und dem Sänger der Freiheit, Freiligrath.“ Die SPD-Genossen des Reichsbanners. Rechts stand folgende Aufschrift:

Der Zehlendorfer Meineidsprozess.

Zuchthausstrafen gegen die drei Angeklagten beantragt.

Die ehemalige Frau Dr. Rudert hat beim Gericht beantragt, sie ärztlich untersuchen zu lassen. Der Angeklagte Bierguy hat behauptet, daß sie ein auffallendes Röttermal habe, und unterstellt von ihrem früheren Ehemann, habe er angegeben, daß die Narbe sich auf der rechten oder linken Hüfte befinde. Demgegenüber stellte sie fest, daß die Narbe in der Herzgegend sei. Auf Antrag von Staatsanwaltschaftsrat Fredericksch beschloß das Gericht, dem Ansuchen der Zeugin als für die Entscheidung von großer Wichtigkeit stattzugeben. Die Verhandlung wurde darauf auf einige Zeit unterbrochen, damit ein Gerichtsarzt herbeigeholt werden konnte, um die notwendige Untersuchung der Zeugin vorzunehmen. In der vorausgegangenen Verhandlung hatte gleichfalls eine sehr wichtige Zeugenvernehmung stattgefunden. Die Inhaberin der viel-erwähnten Wohnung Reitelstraße 16, Frau Heuser, eine alte kränkliche Frau, die gestern in ihrer Wohnung vernommen werden sollte, war persönlich erschienen. Der ihr gegenübergestellten früheren Frau Dr. Rudert erklärte die Zeugin, sie gestern zum ersten Male gesehen zu haben. Die verlorbene Frau Ehrlich hätte von ihr ein leeres Zimmer abgemietet gehabt. Sie glaube nicht, daß Frau Ehrlich dieses Zimmer an Liebespärchen abgegeben habe. Der Angeklagte Dr. Hölscher müsse nach der Beschreibung, die er von dem Zimmer gegeben habe, einmal bei Frau Ehrlich gewesen sein. Der Angeklagte Dr. Hölscher war übrigens bei Beginn der Sitzung wiederum nicht erschienen und es wurde in seiner Abwesenheit verhandelt. Die Zeugin Heuser bezeichnete weiterhin die von dem Angeklagten Bierguy gegebene Schilderung des Zimmers, in dem er die Zusammenkunft mit der früheren Frau Dr. Rudert gehabt haben will, als gänzlich unzutreffend. Der Gefängnisarzt Dr. Bürger hat im Laufe des Vormittags die frühere Frau Dr. R. untersucht und festgestellt, daß sie eine kleine fast unsichtbare Schnarbe unter der Brust habe, dagegen hat sie eine andere, ganz auffällige große Operationsnarbe, die jedem auffallen mußte, von der der Angeklagte Bierguy aber nichts gesagt hat. Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Vom Staatsanwalt wurde beantragt wegen Meineides gegen Szidat 3 Jahre 3 Monate, gegen Bierguy 3 Jahre und gegen Dr. Hölscher 1 Jahr Zuchthaus. Außerdem je 3 Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit zur Ehesabgabe. Gegen Szidat und Bierguy wurde Haftbefehl beantragt.

Der Angeklagte Dr. Freiherr v. Lübow erkrankt.

Als Amtsgerichtsrat Freiherr nach einjähriger Pause heute die Verhandlung gegen Dr. Freiherrn v. Lübow wieder aufnehmen wollte, war der Angeklagte nicht erschienen. Rechtsanwält Dr. Frey ersuchte das Ausbleiben des Angeklagten durch eine Grippeerkrankung. Dr. Lübow habe gestern abend 38,8 Grad Fieber gehabt. Medizinrat Dr. Störmer bestätigte auf Grund der von ihm vor wenigen Wochen vorgenommenen Röntgenuntersuchung, daß v. Lübow, der an Herzvergrößerung und Einweihbildung krank, sich schon damals nicht im vollen Besitz seiner körperlichen Kräfte gefühlt habe. Das Gericht beschloß entsprechend dem Antrage der Rechtsanwält, die von Staatsanwaltschaftsrat Burczel unterstützt wurden, die Gerichtsärzte Medizinrat Dr. Störmer und Geheimrat Prof. Dr. Straßmann zu einer Untersuchung des Angeklagten v. Lübow auf seine Verhandlungsfähigkeit nach dessen Wohnung in Nikolassee zu entsenden. Am heutigen und den folgenden Tagen sollte die Beweisaufnahme sich gerade den Punkten zuwenden, die von der Anklage als Hauptbelastungsmomente für den Angeklagten betrachtet werden. Die Vernehmung der hierfür erforderlichen Zeugen wurde bis zum Wiedererscheinen des Angeklagten zurückgestellt.

Uebervallen, mißhandelt und beraubt.

In der vergangenen Nacht wurde der 56 Jahre alte Pensionär August Pohl aus der Lothringers Str. 8, als er auf dem Wege von seiner Arbeitsstelle durch die Reibelstraße kam, von Zuhältern überfallen, mißhandelt und beraubt. Gegenüber der Feuerweh sprach ihn ein paar Dirnen an, die sich in der Gegend zur Nachtzeit umherzutreiben pflegen. Raum hatte er sie abgewiesen, um weiterzugehen, kamen aus einer Hausstürme mehrere Männer, ohne Zweifel Freunde der Dirnen, hervorgerungen und fielen über den ahnungslosen Mann her. Sie streckten ihn mit Schlagringen zu Boden und raubten ihm seine Brieftasche mit 200 Mark. Als auf seine Hilferufe Beamte von der Feuerwache und Postanten herbeieilten, waren die Räuber bereits verschwunden. Pohl, der blutig geschlagen worden war, machte sofort auf dem Polizeipräsidium Anzeige. Der Kommissar vom Dienst gab ihm Beamte mit, die aber von den Verdächtigen bisher keine Spur fanden.

Hoflieferant des Großherzogs.

Die Butter- und Kolonialwarenhandlung Wilhelm Göbel, die in der Öffentlichkeit vor etwa einem Jahre dadurch von sich reden machte, daß sich die Inhaber, Vater und Söhne, vor Gericht zu verteidigen hatten gegen eine Anklage auf Körperverletzung, Freiheitsberaubung und ähnlicher Delikte, begangen gegen ihre Verkäuferinnen, hat es für nötig gehalten, an Berliner Haushaltungen Reklamschreiben zu versenden. Herr Wilhelm Göbel, der sich im Adressbuch auch heute noch als Hoflieferant Seiner königlichen Hoheit des

Des Volkes Blut verströmt in Wägen, und bittere Tränen rinnen rein. Doch kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein.

Den Freiheitskämpfern widmete eine Abordnung des ADGB und der KPD, Distrikt Berlin, die um 9 Uhr auf dem Friedhof erschienen, Kränze mit großen roten Schleifen. Auch der Bezirksvorstand der SPD, Berlin sowie Redaktion und Verlag des „Vorwärts“ legten Kränze nieder. Der Kranz des Bezirksvorstandes trug den bekannten Freiligrath'schen Vers als Aufschrift:

Trotz alledem und alledem. Trotz Dummheit, List und alledem.
Wir wissen doch, die Menschlichkeit behält den Sieg, trotz alledem.

Um 10 Uhr legte eine Abordnung des gesamten Personals der Konjunkturoffenschaft einen Kranz nieder mit der Aufschrift: „Den Revolutionsoffern“. Kurz nach 1 Uhr erschien eine Kranzdeputation der Gausleitung Berlin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann legte den „Kämpfern für Freiheit“ einen großen Kranz mit roter Schleife nieder. Ebenso die Arbeiter der Löwenbrauerei, Böhmisches Brauhaus: „Unsere Vorbildkämpfer für Freiheit und Recht“. Empörung aller Anwesenden, Sozialisten wie Kommunisten, rief ein Kranz der verächtlichen Fraktionengruppe hervor, dessen Schleifeninschrift eine schamlose Beschimpfung des Proletariats war. Der einzige Miston in der weihervollen Stimmung dieses Gedenkformittags.

Der Andrang der Besucher nahm um die Mittagsstunde immer stärkere Formen an. Unentwegt hielten die Bannerträger Wacht. Zwei schwarzrotgoldene Fahnen leuchteten über dem Eingang. Und wenn man nach einer Stunde innerster Stürmung aus dem stillen Hain in den Trübel der Straßen tritt, denkt man an jene Zeit, wo Polizeibeamte bereitstanden, mit großen Scheren in der Hand, um jene Schleifen abzuschneiden, deren Aufschriften ihrem Untertanenverstand wider die Hutschneur gingen. Ein beschämender Beweis für die Unfreiheit und Unwachsamkeit jener Zeit löst sich heute wohl kaum noch finden.

Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin“ bezeichnet, der auch im Telefonbuch den Titel Hoflieferant führt und dessen Geschäftschilder diese läbliche Eigenschaft jedem, der es wissen will, mitteilen, hat offenbar mit seiner Reklame nicht viel Glück gehabt. Ein uns zur Verfügung gestelltes Antwortschreiben an die Hoflieferantenfirma auf einen solchen Reklamebrief gibt die Meinung des Abenders sehr richtig wieder. Der Abender betont nämlich, daß er es als Republikaner ablehnen müsse, bei einem „Hoflieferanten“ zu kaufen. Ein weiterer Hinweis bezog sich auf die in dem oben genannten Proseur zur Sprache gekommenen Dinge. Herr Göbel wird beim Empfang dieser Antwort kein angenehmes Gefühl gehabt haben. Dennoch hat er es fertig bekommen, dem erst unumwunden neuen Kunden eine Antwort zukommen zu lassen, die in ihrem gereizten Tone alles andere denn eine Empfehlung der Butterhandlung Göbel darstellt. Die Weiterungen, die sich daraus ergeben werden, kann man sich un schwer ausdenken. Wenn es alle Republikaner so machen wie der obige, dann würden auch die lächerlichen Hoflieferantenbezeichnungen bald verschwinden.

Der Stadthaushalt für 1926.

Zur Deckung eine neue Anleihe und mehr Steuern.

Der Magistrat verabschiedete den Haushalt für 1926. Um die Herstellung des Gleichgewichts zu ermöglichen, beschloß er, einen Teil der einmaligen Ausgaben in den Anleihehaushalt zu verweisen und ihre Kosten durch eine alsbald aufzunehmende Inlandsanleihe zu decken. Der verbleibende Fehlbetrag konnte nur zu einem Teil aus gesteigerten Einnahmen und Ueberschüssen der Werte gedeckt werden. Für den Rest war, meldet das Nachrichtenamt des Magistrats, eine Steuererhöhung unermidlich. Der Magistrat hat beschlossen, die Grundsteuer, die für das letzte Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres auf 150 Proz. erhöht worden war, für 1926 weiter auf 180 Proz. zu erhöhen; auch bei der Hundsteuer an dem erhöhten Satz des letzten Vierteljahres festzuhalten. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer hält der Magistrat dagegen zurzeit nicht für möglich. Trotz der Steuererhöhung wird der Steuerertrag 1926 kaum höher sein, als der Gesamtertrag 1925 und erheblich geringer als der des Jahres 1924. Die Haushaltsvorlage wird der Stadtverordnetenversammlung noch in dieser Woche zugehen.

Gegen die Abholzung der Jungfernhöhe.

Die Ortsgruppe Raabit des „Arbeiter-Abstinenten-Bundes“ fordert alle Arbeiterport-, -kultur- und -jugendorganisationen auf, mit ihm zu protestieren gegen die weitere Abholzung der Jungfernhöhe, und mitzuwirken, daß die Jungfernhöhe in ihrer jetzigen Gestalt als Naturschutzgebiet oder zumindest als Dauerwald erklärt wird. Eine ist nötig, sonst fallen der falschen Siedlungsplanung noch mehr Bestände an Wald zum Opfer. Es ist notwendig, daß der Arbeiterbeobachter von Raabit, vom Wedding und von Tegel die schöne Jungfernhöhe erhalten bleibt, und daß sie selbst auch mit Einfluß aller Kraft dafür kämpft. Beachtenswert ist es aber doch, daß seit 20 Jahren in Berlin ein Kampf für die Erhaltung der Wälder geführt wird und daß Jahr für Jahr immer neue Bestände der Art zum Opfer fallen. Notwendig scheint es zu sein, daß der Begriff Dauerwald eine andere Auslegung erfährt. Heute liegen die Dinge so, daß ein als Dauerwald erklärtes Gebiet keineswegs vor einer radikalen Abholzung geschützt ist, wie man es z. B. an einigen prächtigen Beständen im Grunewald und in der Wannseeer Forst erleben müssen. Auch muß die Tatsache festgenagelt werden, daß seit einigen Jahren die leider ganz in bürgerlichen Händen befindliche Natur-, Heimat- und Forstschutzbewegung vollkommen verjagt hat.

Zwei Arbeiter vom Neubau abgestürzt. Auf dem Neubau der Firma A. Wertheim in der Bockstraße stürzten heute vormittag zwei Arbeiter aus beträchtlicher Höhe vom Gerüst in die Tiefe hinab. Der 46 Jahre alte Monteur Max Weiß aus der Statener Str. 20 in Spandau kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon. Der 48 Jahre alte Rohrlager Otto Weichner aus der Statener Str. 24a zog sich schwerere Verletzungen zu. Mit einem schweren Kervenschuß, Querschnitten und inneren Verletzungen mußte er durch einen Bogen des Städtischen Rettungsamtes nach dem Urban-Krankenhaus transportiert werden.

Das Volksbildungsamt Prenzlauer Berg veranstaltet am Freitag, den 19. März 1926, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, im Friedrichshain 16/23, ein Konzert. Mitwirkende: Trio Prof. Koser, K. A. H. (Bläser), W. H. B. (Bläser), Prof. Heinrich W. A. H. (Bläser), Prof. H. (Bläser). Außerdem bringt der „Nunne Chor“ unter Leitung Prof. H. T. eine Reihe von Kunstspieleisen und Volkslieder zum Vortrag. Theo Marx bringt Regimenter von Schiller, Hübner und Gerhart Hauptmann im Grundcharakter ihrer Dichtungen. Von den jungen Dichtern kommen zu Wort Gertrud Engelke und Emil Toll (Schwalbenbau).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt. Der Frauenabend findet nicht heute, Donnerstag, sondern morgen, Freitag, den 19. März, statt.
10. Abt. Willersdorf. Die Kommunisten vom Volksbegehren sind immer noch nicht einmütig abgerechnet. — Großspülerbeziehung heute Abend. Reichsverein am Sonntag, den 20. März, abends 8 Uhr. Bitte pünktlich erscheinen.

